

Beschluss des Landesvorstandes der FDP Baden-Württemberg vom 13. September 2008

Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Die Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, die sog. Föderalismusreform II, ist in die entscheidende Phase eingetreten. Für Baden-Württemberg geht es jetzt darum, den Spitzenplatz unter den Bundesländern zu behalten und gestärkt aus der Reform in die Zukunft zu gehen. Baden-Württemberg drohen durch eine solidarische Altschuldenrückführung jährliche Zusatzbelastungen in Millionenhöhe, die nur dann von den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs getragen werden können, wenn alle Länder sich auf ein generelles Verbot neuer Schulden einigen und als Ausgleich für diese Solidarität eine grundlegende und anreiz- sowie wettbewerbsorientierte Reform der Finanzverfassung beschlossen wird. Die baden-württembergische FDP bekennt sich zur gesamtdeutschen Aufgabe des Aufbaus Ost und zur Solidargemeinschaft der Länder. Die FDP Baden-Württemberg tritt dafür ein, dass Solidarität gelebt wird und Fehlanreize im System der Finanzverfassung beseitigt werden.

Einfügung eines Neuverschuldungsverbotes in das Grundgesetz und die Länderverfassungen

Angesichts der hohen Staatsverschuldung in Deutschland setzt sich die baden-württembergische FDP für ein radikales Umdenken in der Schuldenpolitik ein. Derzeit sind die öffentlichen Haushalte mit rund 1.600 Milliarden Euro verschuldet. Das bedeutet, dass jede Bundesbürgerin und jeder Bundesbürger mit über 18.000 Euro verschuldet ist. Die Föderalismuskommission muss der ausufernden Staatsverschuldung eine effektive Grenze setzen. Konzepte, die weiterhin die Kreditaufnahme als Normalfinanzierungsinstrument zulassen, oder für konjunkturelle Schwächephasen eine unbegrenzte Kreditfinanzierung ermöglichen, sind untauglich und werden notwendige Mentalitätswechsel in der Finanzpolitik nicht schaffen. Dabei gilt: Die Schulden von heute sind die höheren Steuern von morgen. Ziel ist es, den künftigen Generationen solide Staatsfinanzen zu hinterlassen. Überzeugen kann dabei allein die Verankerung eines prinzipiellen Neuverschuldungsverbots im Grundgesetz und in den Länderverfassungen. Das Neuverschuldungsverbot erklärt die Aufnahme von neuen Krediten grundsätzlich für unzulässig. Dies gilt ausdrücklich auch für konjunkturelle Schwächephasen. Mit anderen Worten: Künftig soll man nicht mehr ausgeben als man einnimmt.

Das Verbot ist klar und unmissverständlich. Dennoch muss der Staat auf außergewöhnliche Situationen, wie etwa Naturkatastrophen, innere oder äußere Krisen u.ä., adäquat reagieren können. In diesen Fällen bleibt es beim verfassungsrechtlich festgeschriebenen Verschuldungsverbot, von dem jedoch mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit für die Dauer eines Haushaltsjahres abgewichen werden kann. Zugleich muss ein verbindlicher Tilgungsplan verabschiedet werden. Die hohe formale Hürde bindet in der Regel die Opposition mit in die Verantwortung ein und unterbindet Versuche, außergewöhnliche materielle Finanzierungsbedarfe herbeizudefinieren.

Finanzautonomie

Die FDP Baden-Württemberg steht für mehr Finanzautonomie in Bund, Ländern und Gemeinden. Notwendig ist es, im Sinne einer echten Steuerautonomie den Ländern dort, wo Ihnen der Ertrag

zusteht auch die Gesetzgebungsbefugnis einzuräumen. Dies gilt z.B. für die Erbschaftsteuer. Neben einer Übertragung von Steuerkompetenzen sind Zu- und Abschlagsrechte auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer auf den einzelnen Ebenen, bei gleichzeitiger Absenkung des Steuertarifs, einzuführen. Der Autonomiegedanke muss auch im Ausgabenbereich durchdringen. Dort wo bundesweite Standards den regionalen Realitäten und Bedürfnissen nicht entsprechen, muss eine Anpassung von Länderseite möglich sein, um dadurch Finanzreserven heben zu können. Bandbreiten und Abweichungsrechte können einen effizienten und effektiven Ressourceneinsatz ermöglichen und damit direkt oder indirekt zu einer Entlastung der öffentlichen Haushalte führen. Durch eine Konnexität von staatlichen Ausgaben und Zu- bzw. Abschlagsrechten kann das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger im Hinblick auf die Kosten für öffentliche Leistungen und Einrichtungen gestärkt werden. Der Weg in eine offene und verantwortungsbewusste Bürgergesellschaft wird mit Hilfe einer solchen zukunftsorientierten Finanzpolitik ermöglicht.

(Länder-)Finanzausgleich

Der Finanzausgleich ist zu komplex und intransparent. Er enthält eine Reihe von Fehlanreizen und ist in seiner Gesamtwirkung wachstumsfeindlich. Allein Baden-Württemberg hat im Haushaltsjahr 2007 ca. 2.134,7 Mio. Euro in den Finanzausgleich eingezahlt. Wir schlagen eine Reform des Finanzausgleichs vor, die die ursprüngliche Funktion des Finanzausgleichs als Spitzenausgleich stärker betont und das Ausgleichsvolumen schrittweise über einen Zeitraum von ca. 20 Jahren auf 50% absenkt. Ziel liberaler Finanzpolitik ist es, dass die Wirtschaftskraft als maßgebendes Verteilungskriterium aufgenommen und dadurch ein gesunder föderaler Wettbewerb zwischen den Ländern gefördert wird.

Altschuldenabbau

Baden-Württemberg hat 2007 damit angefangen, Altschulden zurück zu zahlen. Damit wurde der von der FDP wiederholt geforderte Ausstieg aus dem Schuldenstaat erfolgreich begonnen. Baden-Württemberg setzt damit ein Zeichen für mehr Generationengerechtigkeit und für eine solide und nachhaltige Finanzpolitik. Die FDP Baden-Württemberg setzt sich für eine Rückführung der Altschulden auch der anderen Länder ein. Dabei ist für die FDP klar, dass zunächst eigene Anstrengungen der hoch verschuldeten Länder erbracht werden müssen, bevor die Gemeinschaft aller Länder eine Altschuldenhilfe gewährt. Auch muss der Weg in neue Verschuldung durch Aufnahme eines prinzipiellen Verschuldungsverbotes ausgeschlossen werden. Im Rahmen der Entschuldung wird von der FDP ein zweistufiges Vorgehen, eine Kombination aus eigenverantwortlichem und solidarischem Altschuldenabbau, vorgeschlagen. In einer ersten Stufe erfolgt ein eigenverantwortlicher Altschuldenabbau. Die FDP Baden-Württemberg fordert die hoch verschuldeten Länder auf, sich im Interesse zukünftiger Generationen für einen Schuldenabbau einzusetzen und alle möglichen Eigenanstrengungen vorzunehmen, die eine Rückführung der Schulden ermöglichen. In der zweiten Stufe erfolgt eine solidarische Altschuldenreduzierung durch eine Zinsspitzenhilfe für die finanzschwachen Länder.

Länderneugliederung

Die Föderalismuskommission II hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Möglichkeit von Länderneugliederungen zu reformieren. Dabei kann die Föderalismuskommission keine konkreten Vorschläge für Länderneugliederungen vorlegen. Die Länder müssen durch die Föderalismusreform II aber in die Lage versetzt werden, ihre Finanzsituation selbständig zu verbessern und Anreize zu wirtschaftsfördernder und arbeitsplatzschaffender Politik zu erhalten. Sollten einzelne Länder dennoch dauerhaft nicht eigenständig lebensfähig sein, oder sollten Länder stärkere Einheiten bilden wollen, muss das Grundgesetz eine Möglichkeit zu freiwilligen Zusammenschlüssen vorsehen. Das Beispiel Baden-Württembergs beweist, wie erfolgreich

Länderzusammenschlüsse sein können. Diese Wachstumspotenziale gilt es im Rahmen der Föderalismusreform II zu fördern und durch eine Vereinfachung des Artikels 29 GG den Ländern eine Fusion zu erleichtern.